

(27.04.2018 – 09.05.2018)

Grüner Pressespiegel

Rathausfraktion

04.05.2018 – „So verhandelt man nicht, so führt man keine Diskussionen“ – Grüne kritisieren Alleingang des Magistrats zum Obelisken

„Wir Grüne sind verärgert über den Alleingang des Magistrats, einen neuen Standort für den Obelisken bestimmen zu wollen“, so Dieter Beig, Vorsitzender der grünen Rathausfraktion. „Erstens missfällt uns die mangelhafte Diskussionskultur, nach einer über Monate andauernden, zwar kontroversen aber auch fruchtbaren Debatte, von oben herab bestimmen zu wollen. Zweitens sind wir verwundert über die Verhandlungstaktik, noch vor Beginn der Verhandlungen mit dem Künstler die Rahmenbedingungen per Presseerklärung zu verändern.“

„Der Obelisk ist ein starkes Zeichen für ein weltoffenes Kassel, dem der Künstler an einem bewusst gewählten Ort seinen Ausdruck verliehen hat. Wir Grünen sprechen uns für den Verbleib des Obelisken in Kassel aus und hoffen, dass trotz dieser Vorgehensweise eine Lösung mit dem Künstler gefunden wird“, erklärt Beig zum Abschluss.

Karin Müller, MdL

03.05.2018 – GRÜNE: Erfolgreiche Schutzschirmbilanz 2017 – gemeinsame Leistung von Land und Kommunen

Die für den Landkreis Kassel zuständige Landtagsabgeordnete der GRÜNEN, Karin Müller, freut sich darüber, dass nach der heute vom Finanzministerium vorgelegten Schutzschirmbilanz 33 Kommunen im Jahr 2017 den dritten ausgeglichenen Haushalt in Folge vorlegen konnten und somit das Ziel des Kommunalen Schutzschirmes erreicht haben: „Das ist ein großer Erfolg, denn die Kreise, Städte und Gemeinden gewinnen so wieder mehr Spielraum, um das Leben in den Kommunen für ihre Bürgerinnen und Bürger besser gestalten zu können.“

„Auch der Landkreis Kassel sowie die Gemeinde Fulda konnten den Haushalt dreimal hintereinander ausgleichen und haben damit die Voraussetzung erfüllt, um aus dem Schutzschirm entlassen zu werden. Die Verantwortlichen haben bei der Haushaltskonsolidierung große Anstrengungen unternommen. Das Land hat sie mit der Übernahme eines Teils ihrer Schulden und Zinsbeihilfen gezielt unterstützt und die Rahmenbedingungen für die kommunalen Haushalte haben sich weiter verbessert“, so Müller.

Hintergrund:

Zur nachhaltigen Verbesserung der Situation der besonders finanzschwachen Kommunen hat das Land den Kommunalen Schutzschirm eingerichtet. Die teilnehmenden Kommunen verpflichten sich, ihren Haushalt zu sanieren; im Gegenzug nimmt das Land ihnen 2,8 Milliarden Euro ihrer Schulden ab. Hinzu kommen 400 Millionen Euro, die das Land für Zinsdiensthilfen bereitstellt. Insgesamt bringt der Schutzschirm also eine Entlastung von 3,2 Milliarden Euro für die Kommunen. Die Stadt Kassel, der Landkreis Marburg-Biedenkopf, der Wetteraukreis, der Main-Kinzig-Kreis, die Stadt Kirchhain, die Stadt Witzenhausen, Hesseneck und der Werra-Meißner-Kreis haben in drei aufeinanderfolgenden Jahren einen ausgeglichenen Haushalt erreicht und konnten den Schutzschirm bereits verlassen. 16 weitere Kommunen stehen kurz vor der Entlassung. Zusätzlich haben 33 weitere Kommunen im Zeitraum 2015 bis 2017 ihren Haushalt ausgleichen können und somit die Grundvoraussetzung für das Verlassen des Schutzschirmes ebenfalls erreicht. Damit konnten 57 Kommunen – mehr als die Hälfte der Teilnehmer – den Schutzschirm bereits verlassen oder stehen kurz davor.

Parteivorstand

02.05.2018 – Gronemann: Der §219a StGB hilft niemandem

Verwundert zeigt sich die Vorsitzende der Kasseler Grünen und Landtagskandidatin Vanessa Gronemann über die Äußerungen der hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann zum Thema Schwangerschaftsabbrüche.

„Aggressive Abtreibungsgegner nutzen den §219a StGB, um Frauenärzt*innen zu diffamieren. Darunter leiden vor allem die Frauen, denn immer weniger Ärzt*innen wollen Schwangerschaftsabbrüche durchführen, weil sie Konsequenzen fürchten“, so Gronemann. Gerade im ländlichen Raum sei dies ein stetig wachsendes Problem, das in der Debatte leider oft untergehe.

Der Paragraph hindere die Ärzt*innen daran, auf ihrer Homepage die Patient*innen sachlich über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren, z.B. darüber welche Methode(n) sie anbieten. Alleine der Hinweis, dass die Ärzt*innen Abbrüche vornehmen, führe zur Anzeige. „Dies torpediert die freie Arztwahl und das Recht auf eine umfassende medizinische Beratung“, so Gronemann.

Die Befürchtung, die Abschaffung des Paragraphen würde dazu führen, dass Ärzt*innen für Schwangerschaftsabbrüche werben, sei unbegründet.

„Es ist lächerlich zu glauben, eine Frau würde aufgrund einer Werbung die Schwangerschaft abbrechen lassen. Ungeachtet dessen gelten für die Frauenärzt*innen auch ohne den Paragrafen die allgemeinen gesetzlichen Vorgaben, die alles, was über sachliche Informationen hinausgeht, verbieten.“

Die Frage, weshalb sie die Abschaffung des §219a StGB für falsch hält, habe Eva Kühne-Hörmann nicht beantwortet. „Keiner der im Bundestag vorliegenden Gesetzentwürfe will die bisherigen rechtlichen Regelungen zu Schwangerschaftsabbrüchen ändern. Daher sind Diskurse über den §218 überflüssig“, so Gronemann abschließend.

Karin Müller, MdL & Parteivorstand

27.04.2018 – Beitragsfreie Kindergärten: Familien in Kassel können sich über Ausbau der Plätze, bessere Qualität der Betreuung und finanzielle Entlastung freuen

Die Sprecherin der Kasseler Grünen, Vanessa Gronemann, freut sich sehr, dass ab dem 1. August 2018 Kindergärten in Hessen weitgehend beitragsfrei sind. „Das ist eine tolle Nachricht für alle Familien mit Kindern, auch für unsere Stadt. Zudem hilft es in Zukunft Familie und Beruf besser vereinbaren zu können.“

„Die Beiträge für die ersten sechs Stunden am Tag fallen schon ab dem ersten Kindergartenjahr weg. Wir entlasten Familien dadurch um bis zu 5.000 Euro pro Kind über die gesamten drei Jahre der Kindergartenzeit. Familienleben mit Kindern wird damit günstiger und unkomplizierter“, ergänzt die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller. Der Landtag hat die von CDU und GRÜNEN angestrebte Gebührenentlastung und Verbesserung der Qualität am Donnerstag beschlossen.

„Neben weiteren Investitionen und Verbesserungen bei Qualität und Quantität in der Kinderbetreuung, ist die Beitragsfreiheit jetzt ein weiterer Meilenstein für Familien in Hessen. Der grüne Dreiklang – Ausbau von Betreuungsplätzen, Verbesserung der Qualität der Betreuung und Kostenentlastung – geht damit konsequent den nächsten Schritt“, erklärt Müller. „Wir GRÜNE wollen, dass der Kindergartenplatz, auf den Eltern einen Anspruch haben, qualitativ hochwertig ist und Eltern finanziell nicht zu sehr belastet. Mit der weitgehenden Beitragsfreistellung und den Investitionen in den Ausbau und Qualität der Plätze ist der Landesregierung mit grüner Beteiligung eine große Verbesserung für alle hessische Familien gelungen“, so Müller und Gronemann abschließend.

Hintergrund:

Der Hessische Landtag hat am Donnerstag ein von CDU und GRÜNEN vorgelegtes Gesetz beschlossen, mit dem ab dem 1. August 2018 alle drei Kindergartenjahre für sechs Stunden am Tag beitragsfrei sein werden. Zur Finanzierung der Beitragsfreiheit stehen im

Doppelhaushalt 2018/2019 Mittel in Höhe von insgesamt 440 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich sind für die Jahre 2018/19 weitere 50 Millionen für die Verbesserung der Qualität vorgesehen, ab 2020 sogar jährlich. Durch vom Bund bereit gestellte 86 Millionen Euro kann der Ausbau der Betreuungsplätze in Hessen weiter steigen.